Workshop am 20.10.2012: Gabi Lener

Elementarer Aus/Bildungsbereich

Ausgangspunkt: Schulische Aus/Bildung hat immer zwei Seiten. Bildung als Zurichtung für den Arbeitsmarkt bzw. als Einordnung in das bestehende gesellschaftliche Gefüge einerseits, andererseits aber immer auch eine emanzipatorische Chance (Fähigkeiten erwerben, mit denen es leichter gelingt, etwas „selbst in die Hand zu bekommen"). Auf diesem Hintergrund wird verständlich, warum aus/bildungspolitische Maßnahmen und angepeilte Strategien oftmals einander sehr ähnlich sehen, obwohl sie von ganz verschiedenen politischen Seiten kommen (z.B. Ideen der „Linken" versus Perspektiven der Industriellenvereinigung, ….). Zurichtung auf den Arbeitsmarkt bedeutet bei zunehmend komplizierter werdenden Arbeitsprozessen immer auch gleichzeitig Qualifizierung.

Entscheidend dafür, welche gesellschaftlichen Wirkungen Aus/Bildungprozesse haben, ist nicht in erster Linie das Aus/Bildungssystem selbst, sondern die sozioökonomischen Prozesse und Widersprüche, in deren Rahmen Aus/Bildung zu verorten ist. Empirische Realität: Aus/Bildungspolitische Maßnahmen führen nur dort zur Reduktion sozialer Ungleichheit, wo sie von entsprechenden sozialen Maßnahmen (z.B. in der Wohnpolitik) begleitet werden. Strukturelle Benachteiligung spiegelt sich im Bildungssystem wider und wird dort reproduziert, jedoch nicht verursacht und ist daher auch über Aus/Bildung nicht aushebelbar!

Exemplarisch sollten im Arbeitskreis 5 Bereiche bearbeitet werden, in denen sich die Widersprüchlichkeiten der Bildungsperspektiven (vermeintliche „links/rechts-Antagonismen") abbilden:

1.	
Kindergarten ab 4 Jahren für alle und gratis	**später Schuleinstieg, Förderung der Familien**
Einleitungsstatement „Konservative" sehen in der Familie diejenige soziale Einheit, in deren Verantwortung das Heranwachsen der künftigen Generationen letztendlich delegierbar ist. Folgerichtig müsste Bildungsförderung für kleinere Kinder in erster Linie heißen, dass die Familien gefördert werden, die für ihre Aufzucht zuständig sind. „Linke" hingegen wollen die Familien aus dieser Alleinverantwortung entlassen, da ihr sozial starke Familien mit ausreichend sozialem, kulturellem usw. Kapital von Vornherein besser entsprechen können als Familien aus sozioökonomisch schwachen Milieus. Deren Startnachteile hätte demnach der Staat zu kompensieren, indem alle Kinder möglichst früh einer kostenlosen, hochwertigen Aus/Bildung zugeführt werden. Der Bereich lässt sich aber auch von linker Seite kontroversiell diskutieren: ein früher Einstieg ins Aus/Blidungssystem bedeutet gleichzeitig eine frühe Zurichtung auf die Anforderungen staatlicher Hegemonie und ökonomischer Ausbeutbarkeit. Zudem brauchen Kinder für die Entwicklung eines	

starken Selbstwertgefühls und eines funktionierenden Selbstwirksamkeitskonzepts (die die Basis von Kritikfähigkeit und Widerstandbereitschaft sind) stabile soziale Beziehungen, in denen ihnen Sicherheit vermittelt und mit Wertschätzung begegnet wird – was am ehesten bei den nächsten Angehörigen erwartet werden kann. Außerdem zeigen alle empirischen Studien zur Verminderung sozialer Ungleichheit im Gefolge von Bildung, dass Bildungsmaßnahmen ALLEINE NIE wirksam sind in Richtung Reduktion von Ungleichheit.

Diskussionsstatements

- Sprachliche Defizite benachteiligter Milieus könnten kompensiert werden
- Zusätzlich kompetente Elternarbeit nötig
- Basisskills könnten früh und in den dafür sensiblen Phasen an alle Kinder vermittelt werden
- Diversität und Stärkung der Persönlichkeit wäre gleichzeitig zu berücksichtigen
- Frühförderung muss professionalisiert werden – bessere Ausbildung der PädagogInnen und ebenso Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung
- Kinder aller Milieus hätten die Chance, sich frühzeitig an staatliche Institutionen zu gewöhnen
- Frauen finden früher ins Arbeitsleben zurück
- Gefahr der frühen Vereinnahmung durch staatliche und ökonomische Interessen bei frühem Eintritt ins Aus/Bildungssystem

Conclusio für die EL-Arbeitsgruppe

Allen Kindern soll gratis und verpflichtend ein früher Einstieg in Bildungsmaßnahmen ermöglicht werden, allerdings mit stark verbesserten Rahmenbedingungen (Ausbildung und Bezahlung der PädagogInnen, Gruppengröße, Ressourcen und Förderprogramme, etc.) Gleichzeitig bedarf es aber ebenso einer Förderung der Herkunftsfamilien der Kinder (sozialpolitische Unterstützungen, Frauenförderungsprogramme, wohnpolitische Maßnahmen, etc.).

2.

Gesamtschule — **frühe Laufbahnentscheidungen, Differenziertheit des Schulsystems**

Einleitungsstatement, Diskussionsstatements und Conclusio für die EL-Arbeitsgruppe

Es gibt heutzutage keine ernst zu nehmenden Argumente gegen die Gesamtschule – nicht zuletzt auch die Wirtschaft schwenkt darauf ein (Stichwort: Basisskills für alle zwecks Erhöhung von deren Ausbeutbarkeit als Arbeitskraft). Gleichzeitig wird daran deutlich, dass die Gesamtschule, so wünschenswert sie auch für „die Linke“ ist, keine politische Positionierung bedeutet und zum

bestehenden Gesellschaftssystem in keinster Weise querliegt. Nur auf ideologischer Ebene könnten sich Diskussionen entzünden (Begabungskonstrukt und Leistungsideologie, die gesellschaftliche Ungleichheit legitimieren), werden aber keine Explosionskraft haben, da die Selektion nach dem Schulbesuch ohnehin unvermindert weiterexistieren wird (Selbstselektion und Zugangsselektion auf die verschiedenen Arbeitsmarktsegmente).

3.

Pflichtschule bis zur Hochschulreife **Kürzere Pflichtschuldauer**

Einleitungsstatement

Schulpflicht bis zur Hochschulreife für alle könnte Dropouts reduzieren und den freien Zugang zum tertiären Bildungssektor für Kinder aus unterprivilegierten Milieus ermöglichen. (Problem: Finanzierbarkeit bzw. politischer Finanzierungswille). Kinder aus sozial benachteiligten Milieus hätten die Chance, ihren Fähigkeiten und Interessen ebenso lange im schulischen Kontext nachzugehen, wie Kinder aus besser situierten Milieus. Selbstselektion („Das ist nichts für mich!“) und Zugangsselektion („Das ist nichts für dich!“) könnten durch das obligatorische Verweilen im Aus/Bildungsbereich reduziert werden.
Gleichzeitig ist zu befürchten, dass eine Verlängerung der Schulpflichtzeit eine Verminderung der Möglichkeit individueller Entfaltung und persönlicher Förderung wäre und somit lediglich eine Verlängerung der Gleichschaltungs- und Zurichtungsdauer, nicht aber eine Maßnahme zur Reduktion von Ungleichheit bedeuten würde. Erfahrungen aus Ländern, die die Schulpflichtzeit verlängert haben (z.B. Israel), zeigen, dass diese Maßnahme tatsächlich keinen ausgleichenden Effekt auf soziale Widersprüche und Ungleichheiten hat (im Gegenteil aber zu befürchten ist, dass sie diesen einen zusätzlichen – „Es hat ja jedeR die Chance gehabt!“ – Legitimationsvorwand liefert).
Zudem birgt eine Verlängerung der Schulpflichtzeit die große Gefahr, dass Selektionsprozesse aus dem öffentlichen Bereich ausgelagert werden: wenn das öffentliche Schulsystem das für die Hochschule nötige Niveau nicht halten kann (da den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder nicht ausreichend begegnet wird), wird der Hochschulzugang sich vom Schulabschluss unabhängig machen (Zulassungsprüfungen, Eingangsprüfungen, Massenunis versus Eliteunis, etc.). Dies öffnet das Einfallstor für private Aus/Bildungsinstitutionen zur Vorbereitung auf Universitätsaufnahmeprüfungen, die wiederum nur für Kinder aus bessergestellten Milieus leistbar wären (siehe z.B. Türkei).

Diskussionsstatements

- Prinzipiell ist eine Verlängerung der Schulpflichtzeit wünschenswert, da man damit die wertvolle und sensible Phase der Jugend bildungsmäßig nützen könnte und Kinder in jüngeren Jahren ohnehin noch nicht kompetent über ihren weiteren Aus/Bildungs- und Lebensweg entscheiden können
- Privatisierungen im Aus/Bildungsbereich sind jedoch in jedem Fall zu verhindern
- Das Schulsystem müsste gleichzeitig

- Prinzipiell garantiert eine Mischung aus schulischem und polytechnischem Angebot eher eine Vielfalt der Möglichkeiten, was eher bedeutet, dass alle Heranwachsenden etwas für sie Passendes finden können
- Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Segmenten und Ebenen des Aus/Bildungssystems müsste aber stark erhöht werden

diversifiziert werden, damit für alle Kinder ein passendes Angebot verfügbar ist
- Schule muss gleichzeitig breiter, lebensnäher und mit besseren Ressourcen (LehrerInnenausbildung, Gruppengröße, Vielfalt des Angebots, Fördermaßnahmen, etc.) ausgestattet werden

Conclusio für die EL-Arbeitsgruppe

Sinnvoll erscheint uns eine Verlängerung der Schulpflichtzeit mit einer gleichzeitigen Verbesserung und Diversifizierung des Angebots, ohne jedoch privaten Trägern den Zugriff aufs Aus/Bildungssystem zu ermöglichen. Der Hochschulzugang muss unabhängig von der Schulpflichtdauer ein freier werden (da sich im Studium selbst ohnehin genug Anforderungen und Qualitätsüberprüfungen stellen).

4.

selbstverwaltete und autonome Bildungseinrichtungen mit ausreichenden Ressourcen

Zentralismus und Bürokratie / Zentralmatura, PISA, Bildungsstandards, ….

Einleitungsstatement

Selbstverwaltete und autonome Bildungseinrichtungen könnten darauf orientieren, den Betroffenen selbst das Bestimmungsrecht über Inhalte und Methoden ihrer Aus/Bildung in die Hand zu geben und somit selbstbestimmte Lernprozesse zu ermöglichen. Gleichzeitig haben aber unterschiedliche sozioökonomische Milieus unterschiedliche Chancen und Skills, ihre eigene Schullaufbahn sinnvoll und kompetent zu gestalten. Selbstverwaltete, autonome Aus/Bildungseinrichtungen wären somit nicht nur ein Einfallstor für private Anbieter, sondern würden zugleich eine verstärkte Standortkonkurrenz evozieren, in der schlechtergestellte lokale und regionale Einheiten von Vornherein noch mehr benachteiligt wären.
Eine zentrale Steuerung von Aus/Bildungsprozessen zwecks Ausgleich dieser Nachteile erscheint also einerseits nötig, bedeutet aber gleichzeitig andererseits trotzdem keine Reduktion der Ungleichheit von Chancen, da die allgemein geltend gemachten Maßstäbe auf die Mittelschicht zugeschnitten sind und Skills und Kompetenzen als Norm so gesetzt werden, dass Kinder aus sozioökonomisch schlechter gestellten Milieus deutlich geringere Chancen haben, diesen Anforderungen zu entsprechen. D.h. PISA, Zentralmatura, Bildungsstandards etc. überprüfen immer nur den Anteil am „Wissen der Herrschenden“ und bieten überdies einen Legitimationsvorwand für den weiteren Ausschluss von Aus/Bildungsprozessen, da ein schlechtes Abschneiden nicht unbedingt eine Aufwertung des jeweiligen Standorts und eine Verbreiterung der bereitgestellten Ressourcen bedeutet, sondern vielmehr oftmals zu einer Ressourcenkürzung für „weniger erfolgreiche“ – da von Vornherein durch die Milieus ihres Klientels benachteiligte – Standorte führt.
Anzudenken wären Bildungsstandards im Sinne von Minimalanforderungen, die jedenfalls nicht selektionswirksam sind. In die Formulierung dieser Minimalstandards müssten unterschiedlichste Interessensgruppen einbezogen werden. Ebenso wäre für eine Ungleich(!)verteilung von Ressourcen zu sorgen, d.h. bedürftigere Standorte müssten mehr Ressourcen bekommen. Als

große Gefahr entgegen einer demokratischen Entwicklung im Schulsystem sind private Anbieter zu sehen, die hier „kompensatorische Angebote“ (also private Nachhilfe) „offerieren“ - die EU-Dienstleistungsrichtlinie öffnet dem Tür und Tor noch weiter.

Diskussionsstatements

- Kulturelle und regionale Eigenheiten müssen Platz im Aus/Bildungssystem haben
- Zentralisierung widerspricht einem humanen Bildungsbegriff, da nicht mehr das Individuum mit Mittelpunkt steht
- Zentralisierung bedeutet Disziplinierung
- Gefahr, dass Unterschiede keinen Platz mehr haben

Conclusio für die EL-Arbeitsgruppe

Dass in der Diskussion kein Konsens bezüglich eines gemeinsamen Standpunkts als Vorschlag für ein Bildungsprogramm der EL erzielt werden konnte, zeigt, wie widersprüchlich dieses Thema ist und wie schwierig es ist, hier zu einem kompetenten Ergebnis zu kommen. Die WorkshopteilnehmerInnen schlagen dieses Thema der EL daher als einen zentralen Punkt für die weitere (Programm)arbeit vor.

5.

Diversität als Ressource

Kulturalisierungen von Widersprüchen / Integration

Einleitungsstatement

Viele MigrantInnen kommen aus sozioökonomisch unterprivilegierten, bildungsfernen Milieus und haben daher von Vornherein schlechtere Chancen, eine erfolgreiche Aus/Bildungskarriere zu bewältigen. Diese Widersprüche werden aber in der öffentliche Diskussion und politischen Meinungsbildung kulturalisiert, d.h. die Kompetenzen in der jeweiligen Zielsprache (Unterrichtssprache) werden als Erfolgskriterium definiert und Misserfolg umgekehrt auf defizitäre Zielsprachverfügung und mangelnde kulturelle Kompatibilität mit der Mehrheitsgesellschaft zurückgeführt.
Von „linker“ Seite wurde dem lange ein ebenso kulturalisierender Integrations(und Inklusions?!)begriff (Stichwort „Multikulti“ und “Interkulturalität“) entgegengesetzt, der letztendlich keinen sozialen Kampf für Chancengerechtigkeit, sondern einen bloßen Appell an Humanität und Toleranz (ganz im Sinne der „repressiven Toleranz“) bedeutete.
Dass sprachliche und „kulturelle“ Diversität nicht nur wünschenswert im Sinne der Menschenwürde und der gesellschaftlichen Buntheit, sondern v.a. auch im Sinne der wirtschaftlichen Verwertbarkeit sind, zeigt sich deutlich darin, dass die Wirtschaft schon lange vor „der Linken“ entdeckte, dass Mehrsprachigkeit förderungswürdig ist. Schienen früher jedoch nicht alle Sprachen in gleichem Maße wirtschaftlich interessant (Stichwort „statushohe und statusniedere Sprachen“), so wächst mit der Notwendigkeit des Erschließens neuer Märkte auch die Bandbreite für die Wirtschaft förderungswürdiger Sprachen.
Gleichzeitig bietet aber die Diversifizierung sprachlicher Angebote und Möglichkeiten im

Schulwesen auch für „die Linke“ ein wünschenswertes Ziel, da die positive institutionelle Einbindung verschiedener Sprachen und „Kulturen“ ins Bildungssystem (z.B. breiterer Kanon des Fremd- und Zweitsprachenangebots) der Selbstselektion entgegensteuern und die Zugangsbarrieren migrantischer Milieus senken könnte.
Diskussion und Conclusio für die EL-Arbeitsgruppe Aus Zeitmangel sollte die Diskussion dieses Bereichs auf den nachmittäglichen Migrationsworkshop verschoben werden, wo sich jedoch kaum Möglichkeiten zur Elaboration dieses Spannungsfeldes boten. Der Themenbereich ist der EL aber in jedem Falle als einer von zentraler Wichtigkeit zur weiteren Bearbeitung zu empfehlen.